

CDU



INFO

**Bundestagswahl
am 22. September**

Zeitung der CDU Tempelhof-Schöneberg | www.cdu-ts.de | Bundestagswahl 2013

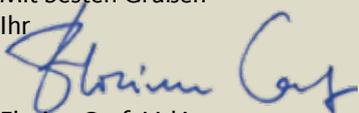
Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der CDU Info informieren wir Sie regelmäßig über die wichtigsten politischen Themen aus der Bundes-, Landes und Bezirkspolitik. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht die Bundestagswahl am 22. September und die Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten für Tempelhof-Schöneberg, Dr. Jan-Marco Luczak. Als Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter hat er in den letzten vier Jahren hart für Sie gearbeitet. In dieser Ausgabe können Sie sehen, dass er sich vor Ort für zahlreiche Bürgeranliegen stark gemacht und konkrete Verbesserungen für die Menschen erreicht hat. Von Lichtenrade bis nach Schöneberg: Seine Bilanz kann sich wirklich sehen lassen!



Die CDU-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den letzten vier Jahren viel für die Menschen in unserem Land erreicht: gutes Wirtschaftswachstum und historisch niedrige Arbeitslosigkeit, Familien gestärkt und Unternehmen entlastet sowie viel in Infrastruktur und Bildung investiert. Es ist beachtlich, dass diese Regierung es geschafft hat, künftig ohne neue Schulden auszukommen. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarländern steht Deutschland auch international ausgezeichnet da. So soll es auch bleiben!

Bitte gehen Sie daher am 22. September 2013 zur Wahl. Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie darüber, ob Deutschland weiter von Bundeskanzlerin Angela Merkel regiert wird. Deutschland braucht Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit. Mit Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün würde Deutschland abrutschen. Gleichzeitig bestimmen Sie aber auch darüber, wer Sie für Tempelhof-Schöneberg im Deutschen Bundestag vertritt. Unser Bundestagsabgeordneter Dr. Jan-Marco Luczak hat Sie in den letzten vier Jahren mit starker Stimme engagiert im Bundestag vertreten. Biten schenken Sie daher ihm und der CDU weiterhin Ihr Vertrauen und wählen Sie am 22. September mit beiden Stimmen CDU!

Mit besten Grüßen
Ihr

Florian Graf, MdA
Kreisvorsitzender CDU Tempelhof-Schöneberg

*Deutschland steht vor der Wahl -
entscheiden Sie mit!*



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg,

bei der anstehenden Bundestagswahl geht es für unser Land um viel! Wenn SPD und Grüne nach der Wahl am 22. September die neue Bundesregierung stellen – womöglich unter Tolerierung durch die LINKE, bedeutet das für unser Land: massive Steuererhöhungen für die breite Mitte unserer Gesellschaft, staatlich verordnete Werte zu Lasten unserer Freiheit und neue Schulden als Bürde für zukünftige Generationen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies der falsche Weg ist. Ich kämpfe deshalb dafür, dass Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin bleibt und unser Land weiter besonnen aber entschlossen durch die europäische Staatsschuldenkrise führt. Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der letzten Wahlperiode viel erreicht: den Menschen geht es besser als vor vier Jahren. Fast 42 Millionen Menschen haben Arbeit – so viele wie nie zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen liegt deutlich unter drei Millionen. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der ganzen EU. Auch immer mehr Ältere haben einen Arbeitsplatz. Der wirtschaftliche Erfolg unserer Unternehmen kommt bei den Menschen an – Löhne und Gehälter steigen stärker als die Inflation. Deutschland steht im europäischen und internationalen Vergleich hervorragend da – wir sind gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

Diesen erfolgreichen Kurs bei Wachstum und Beschäftigung wollen wir fortsetzen und unsere starke Stellung in Europa behaupten. Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt, solide Finanzen mit einem stabi-

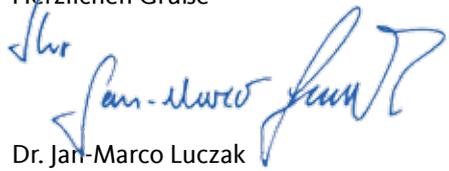
len Euro, Investitionen in die Zukunft, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und starke Familien. Dafür steht die CDU mit Angela Merkel an der Spitze!

Zu dieser Politik will auch ich meinen Anteil leisten. Die Menschen haben mich bei der letzten Wahl in Tempelhof-Schöneberg direkt gewählt – ihnen gebe ich seitdem im Rechtsausschuss und Unterausschuss Europarecht eine starke Stimme. Dort kämpfe ich z.B. für ein sozial ausgewogenes Mietrecht und bessere Patientenrechte, gegen Abmahnmissbrauch und Brüsseler Bürokratie. Mir

war dabei immer wichtig, mich an der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Bezirk zu orientieren. Deswegen habe ich mich auch stark gemacht für mehr bezahlbaren Wohnraum und gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz.

Zuhören. Nachdenken. Anpacken! Das ist das Prinzip, wonach ich mich engagiere. Ich möchte für die Menschen da sein – Politik nicht vom grünen Tisch aus machen, sondern vor Ort. Dafür stehe ich – dafür bitte ich Sie bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 um Ihr Vertrauen.

Herzlichen Grüße



Dr. Jan-Marco Luczak
Bundestagsabgeordneter von
Tempelhof-Schöneberg

Persönlich unabhängig...



Jan-Marco Luczak wurde 1975 in Berlin geboren und wuchs in Tempelhof auf. Nach dem Abitur am Ulrich-von-Hutten-Gymnasium in Lichtenrade und Wehrdienst im Jägerbataillon in Kladow studierte er Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin.

Als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde er vom ehemaligen Verteidigungsminister und Tempelhofer Bundestagsabgeordneten Prof. Rupert Scholz in München an der Ludwig-Maximilians-Universität im Europäischen Wirtschaftsverfassungsrecht zum Dr. iur. promoviert.

Jan-Marco Luczak arbeitet er als Rechtsanwalt in einer international ausgerichteten Kanzlei am Gendarmenmarkt. Dieses berufliche Standbein neben dem Mandat ist ihm wichtig - es macht ihn im Denken und im Handeln von der Politik unabhängig.



Im Unterausschuss Europarecht hat er zudem ein waches Auge auf Brüssel. Europa bestimmt in den letzten Jahren zunehmend die nationale Politik und verengt die Gestaltungsspielräume im Bundestag. Luczak ist überzeugter Europäer und daher sicher, dass Europa unsere Zukunft ist. Für ihn gilt aber, dass Deutschland selbstbewusster seine Interessen zur Geltung bringen muss. Bei Themen wie Vorratsdatenspeicherung, dem EU-Datenschutzregime oder der besonders für die Berliner relevanten Fluglärm-Verordnung bezieht er daher in den Stellungnahmen des Bundestages klar Position und nimmt so auf den europäischen Gesetzgebungsprozess Einfluss.

Die Arbeit von Jan-Marco Luczak im Ausschuss hat unmittelbare Auswirkungen. Die Entscheidungen dort gestalten die Rechtsordnung und bestimmen damit unser aller Zusammenleben. Rechtspolitik ist daher auch Gesellschaftspolitik. In vielen rechtspolitischen Bereichen ist Luczak inzwischen gefragter Ansprechpartner der Medien.

Politisch engagiert mit klaren Positionen...

Die politische Heimat von Jan-Marco Luczak ist Tempelhof-Schöneberg. Hier engagiert er sich seit über 15 Jahren. Aktuell ist er Vorsitzender der CDU Lichtenrade und stellvertretender Vorsitzender der CDU Tempelhof-Schöneberg.

Mitglied des Deutschen Bundestages ist Luczak seit 2009. Er wurde in Tempelhof-Schöneberg direkt gewählt. Dieses Vertrauen der Menschen ist ihm eine besondere Verpflichtung - an ihrer Lebenswirklichkeit orientiert er sich bei seiner Politik. Im Wahlkreis kämpft er daher z.B. für bezahlbaren Wohnraum und eine offene und tolerante Gesellschaft.

Im Bundestag ist Luczak Mitglied im Rechtsausschuss und Unterausschuss Europarecht. Hier bringt er die Erfahrungen aus seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt ein. Als Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat er etwa von Anfang an darauf gedrungen, die soziale Ausgewogenheit des Mietrechts zu wahren - beim Kündigungsschutz und bei der Einschränkung von Mieterhöhungen hat er spürbare Verbesserungen für die Mieter erreicht und Eigentümer werden jetzt besser vor Mietnomaden geschützt. Viele weitere Themenfelder gestaltet Luczak mit - die Verbesserung der Patientenrechte, den Schutz gegen Abmahnungen oder das Makler- und Zivilprozessrecht.



Politik ist nicht alles...

Bei einem vollem Terminkalender und Arbeitsstunden bis oft spät in die Nacht hinein ist es wichtig, einen Ausgleich zu haben. Privat fährt Jan-Marco Luczak daher leidenschaftlich gern Motorrad oder genießt mit seiner Partnerin ein schönes Essen im Kreis seiner Familie und Freunde. Auch sportlich ist er gern unterwegs: Er spielt Beachvolleyball, geht Joggen oder fährt Ski. Das alles gibt ihm die notwendige Kraft, berufliche und politische Herausforderungen zu meistern.





Bezahlbare Mieten für Berlin

Union stärkt Rechte der Mieter

Wenige Themen bewegen die Menschen in Berlin in der letzten Zeit so sehr wie die steigenden Mieten. Im Rechtsausschuss des Bundestages beschäftigt sich der Tempelhof-Schöneberger Abgeordnete Jan-Marco Luczak seit langem mit der Frage, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen und erhalten werden kann. Bei der Ende 2012 beschlossenen Reform des Mietrechts hat er durchgesetzt, dass dessen soziale Ausgewogenheit gewahrt bleibt.

Zum Inhalt der Reform sagte er: „Mit dem neuen Mietrecht schützen wir Mieter besser vor Kündigungen – auch sind Gewinne auf ihre Kosten bei der gewerblichen Wärmelieferung jetzt ausgeschlossen. Aber vor allem den Mietpreisanstieg in Ballungsräumen wie Berlin dämpfen wir durch Absenkung der sogenannten Kappungsgrenze: Die Bundesländer können jetzt regeln, dass Vermieter die Miete nur noch um 15 statt bisher 20 Prozent innerhalb von drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete

erhöhen dürfen. Das ist ein echter Beitrag zu mehr Mieterschutz!“

Weitere Bestandteile der Reform seien die Förderung der energetischen Sanierung als Beitrag zum Klimaschutz sowie ein besserer Schutz von Eigentümern gegen Mietnomaden: „Jetzt ist endlich Schluss mit dem unzumutbaren Zustand, dass Eigentümer bis zu zwei Jahre klagen müssen, um kriminelle Einmietbetrüger aus der Wohnung zu kriegen!“, hob Luczak hervor.

Mit Blick auf die steigenden Mieten machte Luczak deutlich, dass man vor allem bei den Ursachen ansetzen müsse, nämlich dass zu wenig Wohnungen in großen Städten und Ballungszentren zur Verfügung stehen: „Damit Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt, müssen schlicht mehr Wohnungen gebaut werden. Die Union will daher die Mittel für die soziale Wohnraumförderung von über 500 Millionen Euro jährlich weiterführen, günstiges Bauland soll ausgewiesen und

Genehmigungen schneller erteilt werden.“

Um den rasanten Anstieg der Mietpreise gerade bei Wiedervermietungen zu drosseln, wollen CDU/CSU zusätzlich eine Mietpreisbremse anziehen: Die Miete darf nicht unbegrenzt angehoben werden, sondern nur bis maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Anders als SPD und Grüne will die Union aber die Mietpreisgrenze nicht flächendeckend einführen, sondern nur dort, wo wirklich Wohnungsknappheit herrscht. Dazu Mietrechtsexperte Luczak: „Wir scheren nicht alles über einen Kamm - unsere zielgenaue Regelung vermeidet, dass der Bau neuer Wohnungen unattraktiv wird und dann noch weniger Wohnungen gebaut werden. Denn das würde die Wohnungsknappheit weiter verschärfen und letztlich zu noch stärker steigenden Mieten führen – zu Lasten der Mieter.“ Mehr Wohnungen seien der Schlüssel zu bezahlbarem Wohnraum auch in Tempelhof-Schöneberg, betonte Luczak. Dafür werde er sich auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen.



Gleiche Rechte, wo es gleiche Pflichten gibt

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak setzt sich seit Jahren für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben ein. Er ist regelmäßiger Gast beim Christopher Street Day, auf dem Motzstraßenfest und unterstützt das schwule Anti-Gewaltprojekt MANEO.

Zuletzt hat er sich für die steuerliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften stark gemacht. Das alles macht er, weil er sich bei seiner Politik immer an den gesellschaftlichen Realitäten in seinem Wahlkreis orientiert. Luczak erläutert, dass für ihn zudem ein ganz einfaches Prinzip gelte: „Dort wo es gleiche Pflichten gibt, muss es auch gleiche Rechte geben - das ist ein grundlegendes Gebot der Gerechtigkeit! In eingetragenen Lebenspartnerschaften übernehmen zwei Menschen gegenseitig Verantwortung, stehen füreinander ein, in guten wie in schlechten Zeiten. Die Situation ist also genau wie in einer Ehe und sollte daher auch genauso behandelt werden.“ Innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war der



Abgeordnete deshalb auch einer der Wortführer der so genannten „Wilden 13“, die auf dem Bundesparteitag der CDU im November 2012 für die steuerliche Gleichstellung gekämpft haben. Umso mehr hat er sich über das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts hierzu gefreut und mit seinen Kollegen darauf gedrungen, dass es unverzüglich im Bundestag umgesetzt wird. Allerdings machte Luczak auch klar, dass er es lieber gesehen hätte, wenn die Politik hier aus eigener Initiative gehandelt hätte: „Wir im Deutschen Bundestag haben einen politischen Gestaltungsauftrag. Den sollten wir ernst- und daher auch wahrnehmen und nicht immer auf Urteile aus Karlsruhe warten.“

Auch in seinem Wahlkreis ist Luczak viel unterwegs und wirbt für eine offene und tolerante Gesellschaft. Denn leider, so berichtet er, gebe es noch immer viele Anfeindungen und Gewalt gegenüber Schwulen: „Wir müssen vor allem die zugrundeliegenden Vorurteile angehen, denn Gewalt beginnt im Kopf. Deswegen

brauchen wir eine gezielte Bildungs- und Aufklärungspolitik.“ Dafür setzt sich Luczak unter anderem im Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ein, deren Zweck es ist, gesellschaftlicher Diskriminierung homosexueller Frauen und Männer entgegenzuwirken.

Auch die jüngste Eröffnung des ersten Regenbogenfamilienzentrums Deutschlands in Schöneberg begrüßte der Abgeordnete: „Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern haben die gleichen Probleme und Fragen wie verschiedengeschlechtliche. Auch sie benötigen Hilfe bei der Bewältigung ihres Alltags. Die bunte Vielfalt, die wir in Berlin und in Tempelhof-Schöneberg haben, wird mit diesem Regenbogenfamilienzentrum ein Stück mehr zur gesellschaftlichen Normalität.“

Für seine Verdienste um die Gleichstellung erhielt Luczak kürzlich den Ehrenpreis der Lesben und Schwulen in der Union.



Impressum:

CDU Tempelhof-Schöneberg
Tempelhofer Damm 158/160
12099 Berlin

Telefon: 751 33 88 • Telefax: 752 22 74
info@cdu-ts.de • www.cdu-ts.de

V.i.S.d.P.: Florian Graf

Redaktion: Dr. Jan-Marco-Luczak

Weitere Termine und Informationen finden Sie auch im Internet:

Fotos: Seite 6 Flugrouten © Pete Schaky;
Seite 7 oben und Seite 8 oben © Thomas Moser Seite 10 © cdu.de/Laurence Chaperon

www.cdu-ts.de

facebook.com/ts.cdu

Gestaltung: André Laurman-Urbanski
Druckerei: Westkreuz



Flugrouten des BER

Lichtenrade auch in Zukunft vor Fluglärm schützen

Herbst 2010 – als die Deutsche Flugsicherung die geplanten Flugrouten des BER präsentierte, war die Überraschung groß: Es waren ganz andere Routen als die jahrelang öffentlich diskutierten. Was für ein Schock für die Menschen in Lichtenrade, die darauf vertraut hatten, dass ihr Ortsteil von Fluglärm verschont bleiben würde. Nun sollten die neuen Flugrouten insbesondere den Südwesten von Berlin betreffen. Es folgten heftiger Streit, die Bildung von Bürgerinitiativen und öffentliche Proteste.

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak, selbst Lichtenrader, stand von Anfang an bei den Montagsdemonstrationen an der Seite der Menschen im Ortsteil. Für ihn war klar, dass die Menschen sich auf das verlassen können müssen, was im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zugrunde gelegt wurde: „Viele Menschen haben sich vorher informiert, wo die Flugzeuge langfliegen werden und sich auf die offiziellen Aussagen verlassen. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht enttäuschen!“ Luczak setzte sich daher gegenüber Bun-

desverkehrsminister Ramsauer (CSU) und Bundeskanzlerin Merkel (CDU) vehement für Lichtenrade ein. Mit Erfolg: Am Ende wurde die Forderung „Start von der Nordbahn nur geradeaus“ auch Dank der Unterstützung durch ihren Bundestagsabgeordneten erfüllt. Doch für ein Zurücklehnen ist kein Platz –



Jan-Marco Luczak hat daher in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine eigene Arbeitsgruppe gegen Fluglärm gebildet: „Der Schutz gegen Fluglärm darf nicht als Befindlichkeit verharmlost werden – ständiger Verkehrslärm kann zu Gesundheitsschäden führen.“ Auch wenn Luczak um die Bedeu-

tung von Mobilität in unserer vernetzten Welt weiß, will er daher, dass Lärmschutz gegenüber wirtschaftlichen Interessen in der Praxis einen deutlich höheren Stellenwert als derzeit erhält. Mit Blick auf eine solche Tendenz der Rechtsprechung sagt er: „Ich finde, das dürfen wir nicht Gerichten überlassen. Es ist unsere Aufgabe als Gesetzgeber, dies aufzugreifen und gesetzlich festzuschreiben. Nur so kommen wir unserem politischen Gestaltungsauftrag nach.“

Luczak und seine Fraktionskollegen wollen daher das Planfeststellungsrecht weiterentwickeln. Die Öffentlichkeit soll früher und stärker verbindlich einbezogen werden – auch bei der Flugroutenfestlegung. Ferner soll die Deutsche Flugsicherung zur Einsparung von Kraftstoff Piloten nicht mehr ohne weiteres Einzelfreigaben zum Verlassen der festgelegten Flugrouten gewähren dürfen. Das sei auch ein Problem in Lichtenrade, sagt Luczak und fügt entschlossen hinzu: „Das darf nicht sein! Damit würde der zwischen allen Beteiligten austarierte Kompromiss, über den Monate, zum Teil Jahre gerungen wurde, durch die Hintertür wieder ausgehöhlt!“

Warnschussarrest eingeführt

Keine verkappten Freisprüche mehr für jugendliche Gewalttäter

Die Zahl der von jugendlichen Intensivtätern begangenen Gewalttaten ist auf einem beängstigend hohen Niveau. Auf Drängen der CDU wurde jetzt der so genannte „Warnschussarrest“ eingeführt, um endlich wirksam gegen die Täter vorgehen zu können.

Jan-Marco Luczak, Mitglied im Rechtsausschuss des Bundestages, zeigte sich überzeugt, dass damit Jugendkriminalität besser bekämpft werden kann: „Bisher gab es nur die Wahl zwischen Jugendarrest und Jugendstrafe zur Bewährung. Jugendliche Kriminelle haben eine zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe aber oft als verkappten Freispruch empfunden. Deswegen ist es gut, dass Gerichte jetzt neben einer Bewährungsstrafe auch einen Arrest verhängen können. So zeigt man jungen Tätern, was es

bedeutet, hinter Gittern zu sitzen und wo ihre kriminelle Karriere enden kann.“

Bei der Wiedereröffnung der umgezogenen Jugendarrestanstalt Lichtenrade begrüßte der Abgeordnete in Anwesenheit von Bundesinnenminister Friedrich und Justizsenator Heilmann daher auch, dass mit dem Umzug jetzt mehr Arrestplätze zur Verfügung stehen. Damit sei sichergestellt, dass zukünftig keine Arrestanten mehr mangels Kapazität abgewiesen werden müssen: „Es war ein Unding, dass im Jahr 2011 fast jeder fünfte Arrestant abgewiesen werden musste. Das war ein fatales Signal an den jugendlichen Delinquenten, der seinen Arrest antreten wollte – die angestrebte erzieherische Wirkung ist hier total verpufft. Es ist gut, dass damit jetzt Schluss ist!“, sagte Luczak.



Eine Sache des Herzens

Stärkung des Ehrenamtes

Jan-Marco Luczak hat ein Herz für Ehrenamtliche. Deswegen war seine Freude groß, als zum Jahresbeginn 2013 das „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ endlich in Kraft trat. Im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages hatte der Bundestagsabgeordnete von Tempelhof-Schöneberg dieses Gesetz mitberaten.

tisch verbringen“, schrieb Luczak. „Unsere Gesellschaft lebt von Menschen wie Ihnen, die mehr tun als ihre Pflicht“, dankte der Abgeordnete den Helfern. „Das Ehrenamt zu fördern, ist mir angesichts seiner gesellschaftlichen Bedeutung eine Herzensangelegenheit.“

Die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements macht Luczak auch ganz praktisch bei seiner Wahlkreisarbeit deutlich. Dabei legt er auch mal selbst tatkräftig Hand an. So unterstützt der Abgeordnete etwa die „Suppenküche Lichtenrade“ bei ihrem Einsatz für Bedürftige. Rund 150 Gästen in der Finchleysraße 11 überreichte er am letzten Adventssonntag vor Weihnachten Lebensmittel und Süßigkeiten. Mit seinem Besuch wollte er einen kleinen Beitrag zum Weihnachtsfest leisten und vor allem auch seine Achtung vor den Helfern der Suppenküche ausdrücken: „Diese Menschen vereint ein gemeinsames Interesse: Sie alle wollen Bedürftigen helfen. Das unterstütze ich sehr gerne – sie machen eine ganz wertvolle Arbeit.“ Für die Zukunft sagte Luczak der Suppenküche auch weiterhin seine Unterstützung zu, etwa wenn es um bezahlbare Büroräume für den Verein geht.

Auch das Technische Hilfswerk Tempelhof-Schöneberg konnte sich über einen Besuch ihres Bundestagsabgeordneten freuen. Vor Ort informierte Luczak sich persönlich über die technische Ausrüstung, über die Ein-

satzbedingungen und über die Nachwuchsgewinnung. Beeindruckt vom Engagement dieser Truppe sagt er Hilfe bei den bürokratischen Hürden zu, die dem THW manchmal das Leben schwer machen. Als kurz darauf das THW in den Hochwassergebieten zum Einsatz kam, sagte Luczak: „Hier konnte das THW wieder einmal zeigen, was es drauf hat und wie wichtig und notwendig seine Arbeit ist. Es genießt zurecht großen Respekt bei den Menschen!“





Asylbewerberheim in Lichtenrade verhindert:

Luczak fordert gerechte Verteilung auf alle Bezirke

Monatelang waren die Menschen in Unruhe und Sorge – dann konnten die Lichtenrader endlich aufatmen: Das geplante Asylbewerberheim am Kirchhainer Damm kommt doch nicht. Darüber freute sich vor allem Jan-Marco Luczak, der mit seiner Kritik den Senat zum Umdenken gebracht hatte.

Was war geschehen? Das seit Ende 2011 leer stehende Georg-Kriedte-Haus am Kirchhainer Damm sollte an einen privaten Investor verkauft werden. Dieser wollte das ehemalige Seniorenheim in ein Asylbewerberheim mit bis zu 300 Plätzen umwandeln.

Dagegen regte sich Widerstand: Zahlreiche Anwohner äußerten ihre Bedenken und wandten sich hilfesuchend an ihren Bundestagsabgeordneten. Darunter waren auch die Menschen im unweiten AWO-Seniorenheim Marie-Juchacz, die sogar eine eigene Unterschriftensammlung starteten. Luczak, selbst Lichtenrader, hatte die Kritik bereits früh aufgegriffen und sich mehrfach an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gewandt. Der Abgeordnete mahnte vor allem eine

ausgewogene Verteilung der Asylbewerber auf alle Bezirke an: „Tempelhof-Schöneberg stellt mit rund 800 Plätzen nach Lichtenberg am meisten Plätze zur Verfügung. Das belastet den Bezirk sehr – Kosten für Impfungen und die Beschulung der vielen schulpflichtigen Kinder, die in aller Regel kein deutsch sprechen, sind angesichts fehlender Lehrer und knapper Räumlichkeiten nur sehr schwer zu bewältigen.“ Stattdessen seien hier alle Bezirke in der Verantwortung, betonte Luczak, weil es sich um eine solidarische Gesamtaufgabe handele.

Auch aus grundsätzlichen Erwägungen hielt er Lichtenrade als Standort für ein Asylbewerberheim für ungeeignet: „Hier haben wir bereits die Jugendarrestanstalt. Dadurch wird das Sicherheitsgefühl der Menschen nicht unerheblich beeinträchtigt. Auch die nervenraubenden Diskussionen um die neuen Flugrouten und den Ausbau der Dresdner Bahn stellen eine erhebliche Belastung für den Ortsteil da. Eine weitere Belastung erscheint mir daher nicht zumutbar. Das würde zudem die Gefahr bergen, dass die Akzeptanz in

der Bevölkerung, die das hohe Gut des Asylrechts verdient, Schaden nimmt.“

Dann das Aufatmen – der nachhaltige Einsatz von Jan-Marco Luczak zeigte Wirkung. Sozialsenator Czaja (CDU) teilte dem Abgeordneten mit, dass „die Senatsverwaltung davon Abstand genommen hat, Flüchtlinge am Standort Kirchhainer Damm unterzubringen.“ Er bezog sich dabei auf die „zahlreichen Briefe, Hinweise und Anrufe“ sowie die „Argumente und Darstellungen“ der Problematik durch den Bundestagsabgeordneten.

In die Zukunft gewandt sagte Luczak: „Jetzt geht es darum, eine wirtschaftlich sinnvolle Nachnutzung für das Georg-Kriedte-Haus zu finden. Das könnte z.B. ein Studentenwohnheim sein. So hat es die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg beantragt.“ Leider hätten dies SPD und Grüne mit ihrer Mehrheit abgelehnt, obwohl wir dringend mehr bezahlbaren Wohnraum gerade auch für junge Menschen brauchen.



Mehr Rechte für Patienten

Endlich auf Augenhöhe mit dem Arzt

welche Rechte sie haben, dass der Arzt sie zum Beispiel aufklären muss und sie ein Anrecht darauf haben, Einsicht in ihre Patientenakte zu nehmen.“

Rechtspolitiker Luczak betont, dass mit dieser gesetzlichen Regelung nun endlich beide Seiten Klarheit darüber haben, was ihre Rechte und Pflichten sind: „Damit stärken wir das Selbstbestimmungsrecht des Patienten. Er kann zukünftig

besser eigenverantwortlich über seine medizinische Behandlung entscheiden.“

Durch das Gesetz wird die Transparenz ärztlichen Handelns sichergestellt, was Patienten im Falle von Kunstfehlern die Beweisführung in einem Prozess erleichtert. Auch gegenüber der Krankenversicherung wird die Position von Patienten gestärkt: diese sind jetzt etwa verpflichtet, ihre Versicherten durch medizinische Gutachten bei der Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen zu unterstützen. Wenn eine Krankenversicherung nicht binnen einer bestimmten Frist über die Übernahme einer Leistung entscheidet, gilt die Leistung zudem zukünftig als genehmigt. Luczak betont: „Jetzt ist endlich Schluss damit, dass manche Versicherer ihre Patienten aus Kostengründen hingehalten und so deren Heilung behindert haben.“

Die Stärkung der Patientenrechte war eines der zentralen rechtspolitischen Ziele der christlich-liberalen Koalition. Mit dem Patientenrechtegesetz wurde ein neuer Abschnitt über den Behandlungsvertrag in das Bürgerliche Gesetzbuch eingefügt, in dem alle Rechte von Patienten zusammengefasst wurden, die bisher in der Rechtsprechung entwickelt worden und über mehrere Gesetze verstreut waren. Sie sind nun für jeden klar geregelt und nachlesbar.

Für den im Rechtsausschuss des Bundestages zuständigen Abgeordneten Jan-Marco Luczak ein überfälliger Schritt, denn sechs von zehn Patienten kennen ihre Rechte gar nicht oder nur unvollständig: „Wir wollen, dass Patient und Arzt sich auf Augenhöhe begegnen können. Dafür müssen die Patienten aber wissen,



Dresdner Bahn

Für die Menschen in Lichtenrade ist es eine Odyssee – seit über 15 Jahren kämpfen sie dafür, dass die Dresdner Bahn in den Tunnel kommt. Nach den bisherigen Planungen der Deutsche Bahn AG sollen die Trasse zum Großflughafen BER aber ebenerdig geführt werden.

Jan-Marco Luczak, der selber Lichtenrader ist, kämpft gemeinsam mit der Bürgerinitiative Dresdner Bahn für die Tunnellösung: „Kommt der Tunnel nicht, hätte dies für den Ortsteil verheerende Folgen. Die Wohn- und Lebensqualität wäre durch den Lärm und die Erschütterungen nachhaltig beeinträchtigt. Es droht ein Verkehrskollaps auf der Bahnhofstraße als Lebensader Lichtenrades. Auch die Ringbuslinie müsste eingestellt werden – viele ältere Menschen wären nicht mehr mobil. Vor allem aber würde Lichtenrade durch die hohen Schallschutzmauern faktisch in zwei Teile gespalten. Mauern hatten wir bis 1989 – die wollen wir nicht wieder zurück!“

Seine Einflussmöglichkeiten als Bundestagsabgeordneter hat Luczak daher genutzt

Licht am Ende des Tunnels?



und ordentlich Druck gemacht. Dieser hat auch Wirkung gezeigt: Auf Landesebene gibt es endlich nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern auf Drängen der CDU steht im Koalitionsvertrag mit der SPD jetzt klar und unmissverständlich, dass Berlin sich zum Tunnel bekennt und hierfür auch einen Teil der Mehrkosten zu übernehmen bereit ist. Denn an den Finanzen scheiterten in der Vergangenheit immer wieder Gespräche mit der Bahn und dem Bund.

Auch in unzähligen Gesprächen mit dem

Bundesverkehrsministerium hat Luczak sich vehement für den Tunnel eingesetzt. Dadurch ist jetzt endlich Bewegung in die Sache gekommen: In einem Interview hat Bundesverkehrsminister Ramsauer nun klargemacht, dass ein Tunnel für die Dresdner Bahn in Lichtenrade möglich ist – Bund und Bahn würden sich an den Mehrkosten beteiligen, wenn auch das Land Berlin den zugesagten Finanzierungsanteil übernimmt.

Luczak freudig: „Diese Aussage ist ein großer Schritt. Jetzt ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit gefragt. Er muss mit dem Bundesverkehrsministerium und der Bahn konkrete Vereinbarungen für die Finanzierung der Tunnelmehrkosten treffen.“ Der Abgeordnete forderte Wowereit daher in einem Brief auf: „Die Tunnellösung scheint nun endlich in greifbare Nähe gerückt zu sein – lassen Sie diese Chance für die 50.000 Menschen in Lichtenrade nicht ungenutzt verstreichen!“ Bislang ist ein Gespräch zwischen Wowereit und der Bahn und dem Bund nicht zustande gekommen.

Gelebte Toleranz der Religionen

Das friedliche Zusammenleben der vielen Religions- und Kulturgemeinschaften in Berlin zu organisieren, sieht Jan-Marco Luczak als eine der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft: „Gelebte Toleranz in unserer Stadt ist mir ein großes Anliegen und gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Wir brauchen einen interkulturellen und interreligiösen Dialog. Ohne diesen ist das Verständnis füreinander auf die Dauer gefährdet und macht ein friedliches Zusammenleben schwierig“, sagte der Abgeordnete.

Luczak, der sich auch sonst in seiner politischen Arbeit für eine offene und tolerante Gesellschaft stark macht, lobt deswegen auch die vielen Initiativen, die die unterschiedlichen Religionen und Kulturen unserer Stadt zusammenbringen. Ein gutes Beispiel für ein friedliches Miteinander sei etwa das Interkulturelle Fußball-Turnier, das vom Ausschuss für Integration und Migration des Berliner Fußballverbands gemeinsam mit dem Verein FC Internationale veranstaltet wird. Bei der Pokalübergabe an die Siegermannschaft sagte der Abgeordnete anerkennend: „Das ist ein wirklich

Sport verbindet



tolles Projekt. Hier kann man sehen, dass Sport die Kraft hat, Menschen zu verbinden. Von diesem interkulturellen Fußballturnier geht die Botschaft aus, dass nur miteinander, aber nicht gegeneinander etwas erreicht werden kann.“ In die Zukunft gewandt ergänzt Luczak: „Wir haben schon viel erreicht – trotzdem müssen wir weiter daran arbeiten, dass wir mehr gegenseitiges Verständnis und Respekt entwickeln.“

„Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“

Das Regierungsprogramm von CDU/CSU



Das Ziel der Union ist ihrem Regierungsprogramm klar benannt: Deutschland soll ein starkes und erfolgreiches Land bleiben, mit stabilem Euro, sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen – ein Land des Zusammenhalts.

Die Bandbreite der Themenfelder ist, wie von einer Volkspartei zu erwarten, groß. Sie reicht von der angemessenen Besteuerung internationaler Großkonzerne über die Etablierung von mehr Frauen in Führungspositionen bis zum verstärkten Einsatz von Videotechnik im Kampf gegen Kriminalität. Als Schwerpunkt des insgesamt 127-seitigen Programms, das gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet und auf einer gemeinsamen Sitzung von CDU/CSU einstimmig beschlos-

sen wurde, nannte Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Sicherung solider Finanzen: „Für die Union gilt der Dreiklang aus Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren.“ CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt brachte die Kernbotschaft des Regierungsprogramms mit seiner Aussage „keine neuen Schulden, keine neuen Steuern“ auf den Punkt.

Mit Blick auf Europa betonte CDU-Vorsitzende Merkel: „Deutschland als führender Industrie- und Exportnation geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht. Wir sind davon überzeugt, dass Europa für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand unverzichtbar ist. Daher wollen wir, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt, so wie es auch Deutschland gelungen ist.“

Das Regierungsprogramm von CDU/CSU im Überblick:

- Konsolidierung des Haushaltes – Rückzahlung von Altschulden ab 2015
- Investitionen in die Zukunft: Bildung, Forschung, Technik, Betreuung
- Bürger entlasten durch Abbau der kalten Progression
- Familien stärken durch Anhebung von Kinderfreibeträgen und Kindergeld
- Ehegattensplitting erhalten und um ein Familiensplitting ergänzen
- mehr bezahlbarer Wohnraum durch steuerliche Anreize für Wohnungsneubau und Einführung einer Mietpreisbremse
- von der eigenen Hände Arbeit Leben können – Einführung eines tariflichen Mindestlohns
- Anhebung der Renten von Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden
- sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung – Ausbau des Stromnetzes vorantreiben

Rot-Rot-Grün Bevormundung Steuern rauf!

Pressestimmen zu den Programmen von SPD, GRÜNEN und LINKE

Auch wenn es oft heißt, dass die Parteien sich inhaltlich kaum voneinander unterscheiden würden, fällt beim Vergleich der Programme von Union und SPD/GRÜNEN/LINKE schnell auf: tatsächlich ist die programmatische Distanz groß.

Das Menschenbild von Rot-Grün unterscheidet sich stark von dem der Union. Während CDU/CSU von einem mündigen und aufgeklärten Bürger ausgehen und Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellen, setzen SPD und Grüne vor allem auf Verbote und gesetzliche Beschränkungen. Nach dem Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak komme darin die ideologische Vorstellung zum Ausdruck, dass der Staat ver-

meintlich besser wisse, was den Menschen gut tut und wie sie leben sollten. Als plastisches Beispiel nennt Luczak das Ziel der GRÜNEN-Fraktionschefin Renate Künast, in Kantinen zukünftig donnerstags Fleisch zu verbieten, also einen „Veggie-Day“ einzuführen. Eine solche Bevormundung lehne er ab: „Es mag ja gesund sein, nicht zu viel Fleisch zu essen. Ich finde aber, die Menschen sollten immer noch selbst entscheiden, was sie wann und wieviel essen.“ Auch in den rot-grünen Steuerplänen komme diese Denkweise zum Ausdruck: „Die geplanten massiven Steuererhöhungen greifen keineswegs nur bei Besserverdienenden, sondern sind ein Raubzug durch die Mitte unserer Gesellschaft. Und das nur, weil SPD und GRÜNE meinen, sie könnten besser mit dem Geld der Men-

schen umgehen als diese selbst und es entsprechend umverteilen wollen.“, empört sich Luczak.

Diese Einschätzung bestätigt auch die Tageszeitung Welt: „Sie werden ihre Politik richten gegen die, die hart arbeiten und viel verdienen.“ Die Welt schließt ihre Analyse mit dem Urteil: „Der mündige Bürger braucht keine Oberlehrer“. Ähnlich die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die mit Blick auf die Bundestagswahl feststellt: „Im September wird darüber entschieden, ob es in Deutschland noch mehr staatliche Regulierung, Bevormundung und Umverteilung geben wird und noch weniger Freiraum für die individuelle Entscheidung und Verantwortung des Bürgers als bisher schon.“

Das will Rot-Grün:

- **Steuern massiv erhöhen und Vermögenssteuer einführen**
Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft belaufen sich die zusätzlichen Belastungen durch die rot-grünen Steuerpläne auf rund 60 Milliarden Euro – das würde 300.000 Arbeitsplätze bedrohen und zu einem Wachstumsverlust von 0,7 Prozent führen, rechnet das Institut vor. Getoppt wird das noch von den LINKEN: Hier geht es um 160 Milliarden Belastungen und 800.000 bedrohte Arbeitsplätze.
- **Ehegattensplitting abschaffen**
Steuerliche Vorteile für Ehepaare mit ungleichen Einkommen, bei denen ein Partner sich bspw. um die Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmert, fallen dann weg
- **Abschaffung von Minijobs**
Vor allem für Studenten und Rentner entfällt dadurch die Möglichkeit zum steuerfreien Nebenverdienst
- **pauschale Erhöhung von Hartz IV auf 420 (Grüne) bzw. 500 Euro (LINKE), Abschaffung aller Sanktionen**
Die Erhöhung des Satzes verstößt gegen das Lohnabstandsgebot - vor allem Geringqualifizierte hätten keinen Anreiz mehr, eine Arbeit aufzunehmen.

„Ich wähle Dr. Jan-Marco Luczak, weil...“

„...er sich für die Belange der Bürger einsetzt, Ziele klar definiert und stets ein offenes Ohr für die unterschiedlichen Themen in seinem Wahlkreis hat.“
Jürgen Geisler (69), Vorsitzender der Kyffhäuser-Kameradschaft Marienfelde 1876 e. V., engagiert für die Marienfelder Sportvereine



„...ich als junger Mensch große Sorge vor dem weiteren Anstieg der erdrückenden Schuldenlast in Deutschland und Europa habe. Herr Luczak hat sich klar gegen die Pläne von Rot-Grün zum Schuldenmachen und zur Einführung von Eurobonds ausgesprochen – das finde ich gut!“
Manuel Schubert (27), Doktorand



„...wir möchten, dass unsere Straßen wieder sicherer werden. Als Frau hat man ja Angst, alleine auf die Straße zu gehen, weil man ständig angepöbelt oder gar abgezogen wird. Herr Luczak und die CDU treten klar und unmissverständlich für die innere Sicherheit ein.“
Katharina Hagen (25) und Marianna Grigorian (31) und Nicole Handke (21), Studentinnen



„...ich Jan-Marco Luczak im Rahmen meiner eigenen politischen Arbeit als engagierten und geradlinigen Politiker kennen gelernt habe. Als Lichtenrader kennt er die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort genau.“
Hagen Kliem (57), selbstständig im Taxigewerbe, Vorsitzender AG

„...ich ihn als fairen und durchsetzungsfähigen Sportler mit viel Teamgeist kenne. Jemand mit diesen Eigenschaften soll mich auch im Bundestag vertreten.“
Lothar Nest (69), Sportschule Lothar Nest



„...er sich in seiner Partei und Fraktion als Mitglied der Wilden 13 nachhaltig für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben einsetzt und für eine offene und tolerante Gesellschaft kämpft.“
Matthias Steuckardt (32), Vorsitzender des Ausschusses für Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik



„...für ihn Familien- und Bildungspolitik Priorität haben. Außerdem kennt er sich durch seine Arbeit als Rechtsanwalt in einer international ausgerichteten Kanzlei mit wirtschaftlichen Fragen aus. Diesen Sachverstand brauchen wir im Parlament, um richtige Antworten auf die europäische Staatsschuldenkrise zu finden.“
Christina (44) und Ulrich Joerss (44), Rechtsanwälte



„...er sich für bessere Rahmenbedingungen für Schule und Bildung stark macht, er viel mit Schülerinnen und Schülern über aktuelle politische Fragen diskutiert und sich in der Vergangenheit sehr für unsere Schule eingesetzt hat.“
Thomas Hungs (60), Schulleiter des Ulrich-von-Hutten-Gymnasiums



Direkt gewählt – direkt erreichbar

Kontakt:
Dr. Jan-Marco Luczak MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

TEL 030 2277 - 1878
Fax 030 2277 - 6978
MAIL jan-marco.luczak@bundestag.de
NET www.luczak-berlin.de

